



PROF. DR. HANS-PETER MAYER
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Pressemitteilung

23.02.2006

Ergebnis der Finanzverhandlungen: Weiter EU-Strukturmittel für Westdeutschland

Deutschland wird in der nächsten Förderperiode 2007 bis 2013 etwa 23 Milliarden Euro europäische Strukturgelder erhalten. Den Löwenanteil erhalten mit etwa 14 Milliarden Euro die neuen Bundesländer, teilte der Europaabgeordnete Hans - Peter Mayer am Donnerstag aus Brüssel mit.

Entgegen der Absicht der früheren rot-grünen Bundesregierung bleibt auch die Unterstützung der alten Bundesländer erhalten, so Mayer. Für die Zielsetzung "regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung" stellt die EU hier etwa 9 Milliarden (Beispielschätzungen: Niedersachsen 600 bis 800 Millionen €; NRW ca. 1,8 Milliarden €) zur Verfügung. Das entspricht in etwa der Summe der aktuellen Förderperiode (2000 bis 2006). Allerdings wird die bisherige "Kulisse" der Fördergebietsregionen aufgehoben. Es obliegt den Bundesländern diese Gelder für struktur- und wachstumsfördernde Projekte einzusetzen. Nach den Vorgaben der EU soll es neben der Förderung von Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit auch ausdrücklich wachstumsorientierte Strategien geben. Dies eröffnet interessante Perspektiven, so etwa für eine Verknüpfung von regionalpolitischen und forschungspolitischen Ansätzen auch in Regionen, die bislang nicht Fördergebiet sind, erläutert Mayer.

Auch die Unterstützung der "territorialen Zusammenarbeit" von 2007 bis 2013 entspricht insbesondere für direkte grenzüberschreitende Projekte (Beispiel: Ems-Dollart-Region) im Wesentlichen dem bisherigen Mittelvolumen. Hier konnte sich die Vorstellung der CDU/CSU durchsetzen, diese Mittel allen deutschen Grenzregionen zur Verfügung zu stellen und nicht etwa nur auf die Grenzregionen der neuen Bundesländer zu beschränken.

Im Zuge der jetzt anstehenden Verhandlungen zwischen Parlament und Ministerrat sind noch folgende Fragen zu klären:

- Die Zulässigkeit der privaten Kofinanzierung (neben der öffentlichen) auch in den alten Bundesländern
- Die Einbeziehung des Mehrwertsteueranteils in die Projektförderung auch in den alten Bundesländern
- Der Ausschluss von EU-Subventionen für Unternehmensverlagerungen innerhalb der EU
- Umschichtung /Erhöhung der Mittel für Forschung und Entwicklung sowie Austausch von Schülern, Auszubildenden, Studenten und Lehrenden.